Europa neu begründen!

Rede zum 1. Mai 2019, Salzgitter

Klaus Dörre

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Europa, jetzt aber richtig, lautet das Motto zum diesjährigen 1. Mai. Ich möchte das „jetzt aber richtig“ präzisieren. Wir müssen Europa neu begründen – sozial gerecht und ökologisch nachhaltig, sonst ist es nicht zu retten. Ich möchte diese Auffassung in drei Schritten begründen. Zunächst will ich eine Idee ins Gedächtnis rufen, die am Beginn der europäischen Einigung stand (I.). Es folgt eine Bestandsaufnahme des Ist-Zustands der Europäischen Union. Darin sind jene Fehlentwicklungen eingeschlossen, die es zu korrigieren gilt, wenn wir das europäische Einigungs-Projekt nicht gefährde wollen (II.). Im dritten Teil meiner Rede will ich mich dann der Frage widmen, was wir tun können, um Europa auf demokratische Weise neu zu begründen.

I.

Was ist los mit Europa? Ich fange mit dem Positiven an. Wir alle halten es fast schon für selbstverständlich, wenn wir ohne Grenzkontrollen nach Italien einreisen oder in Ländern wie Portugal, Zypern und der Slowakei mit dem Euro zahlen können. Wir freuen wir uns über Studierende, die an vielen europäischen Universitäten Seminare belegen und ihre Leistungsnachweise erbringen, wenngleich sich zum modularisierten

Lernen sicher auch manches Kritische sagen ließe. Solche Vorzüge der europäischen Integration erscheinen uns mittlerweile fast schon selbstverständlich. Sie sind es aber nicht! Das scheinbar Selbstverständliche ist nur möglich, weil es auf Lernprozessen beruht, die Jahrzehnte, ja mitunter Jahrhunderte gedauert haben. Erinnern wir uns: In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war Europa der Ausgangspunkt und Schauplatz von zwei verheerenden Weltkriegen mit Millionen Toten, begleitet von Diktaturen, Konzentrationslagern und Massenmord an Andersdenken, insbesondere an Menschen jüdischen Glaubens und jüdischer Abstammung.

Ein geeintes Europa, das nach dem zweiten Weltkrieg entstehen sollte, würde eines sein, das seine Lehren aus Faschismus und Totalitarismus gezogen hätte. Das jedenfalls war die Hoffnung vieler, die schon vor dem Ende des zweiten Weltkriegs darüber nachdachten, wie eine demokratische Neuordnung auf dem Kontinent aussehen würde. Einer der inzwischen fast vergessenen Entwürfe für eine europäische Einigung war das „Manifest von Ventotene“ (Für ein freies und einiges Europa. Projekt eines Manifests). Es wurde 1941 von italienischen Antifaschisten verfasst, die damals auf der Insel gleichen Namens (Ventotene) inhaftiert waren. Der Hauptautor, Altiero Spinelli, schrieb den Text heimlich auf Zigarettenpapier. Ursula Hirschmann, Ehefrau eines der Mitgefangenen, schmuggelte ihn im Bauch eines gebratenen Huhns aus dem Gefängnis heraus.

Das Manifest benennt die Rivalität zwischen Nationalstaaten als Ursache für den Zweiten Weltkrieg. Um in Zukunft Frieden und Freiheit zu garantieren, fordert es die Gründung eines föderativen europäischen Bundesstaats. In den europäischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegungen sehen die Verfasser die wichtigsten politischen Träger eines demokratischen europäischen Projekts. Das Manifest

plädiert – sprechen wir es ruhig aus – für eine wirtschaftsdemokratische, eine sozialistische Neuordnung der europäischen Wirtschaft. Diese Vision hatte freilich kaum etwas mit einem System gemeinsam, das sich später selbst die Bezeichnung „realer Sozialismus“ zulegen sollte. Das Manifest von Ventotene ist, so lässt uns die Internet-Enzyklopädie WIKIPEDIA wissen, „einer der wichtigsten frühen programmatischen Entwürfe einer europäischen Integration“.

Heute, also knapp 80 Jahre später, haben wir die Europäische Union, den europäischen Binnenmarkt, den Euro und die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Wir haben einen Europäischen Gerichtshof und ein Europaparlament. Und wir haben eine Nachkriegsordnung, auf deren Grundlage es gelungen ist, Kriege in Europa weitestgehend zu vermeiden. Das ist eine große Errungenschaft, aber diese Errungenschaft ist, lasst es mich offen aussprechen, gefährdet.

II.

Jenes Europa, das wir heute kennen, hat wenig mit der Vision zu tun, die – nicht nur – italienischen Antifaschist*innen auf ihrer Gefängnisinsel vorschwebte. Heute ist die europäische Einigung wieder gefährdet, weil vielen Menschen Sinn und Nutzen der europäischen Idee nicht mehr klar ist. Sie ist gefährdet, weil die soziale und die politische Dimension Europas hinter der wirtschaftlichen Integration zurückgeblieben sind. Sie ist gefährdet, weil ein neuer Nationalismus sich anschickt, jene Lehren vergessen zu machen, die uns zwei Weltkriege eigentlich unauslöschbar ins Stammbuch geschrieben haben sollten. Und sie ist gefährdet, weil Europa sich anschickt, zu einer Festung zu werden, an deren Grenzen mit den gekenterten Flüchtlingsbooten und kriminalisierten Seenotrettern auch Mitmenschlichkeit und Solidarität zu zerschellen drohen.

Ich will nur einige Ursachenkomplexe für Fehlentwicklungen herausgreifen, um deutlich machen, dass sich Europa an einer Wegscheide befindet.

(1) Der erste und wichtigste Grund sind die **Europäische Wirtschafts-, Währungs- und Bankenkrise** sowie ihre noch immer spürbaren Nachbeben. Vordergründig scheint alles auf dem richtigen Weg. Die europäische Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit geht zurück. Und gut zehn Jahre nach dem Ausbruch der Krise ist mit Griechenland der letzte Staat aus dem europäischen Krisenmanagement entlassen worden. Schaut man genauer hin, wird jedoch rasch deutlich, dass das Krisenmanagement mit seiner Sparpolitik die soziale Spaltung Europas dramatisch vertieft hat. In den Staaten der südlichen Peripherie ist die Arbeitslosigkeit noch immer hoch. In Griechenland liegt sie über 20 %, in Spanien deutlich über 15 % und in Italien mit gut 11 % noch über dem Niveau von 2007. Ähnliches gilt für Frankreich mit seiner Arbeitslosenquote knapp unter 10 % (2007 knapp 8,0). Aber das ist nur einer von vielen Indikatoren für die verheerende Wirkung, die die europäische Austeritätspolitik hatte und noch immer hat. Kritische Wissenschaftler sprechen von einer „spaltenden Integration“.

Was damit gemeint ist, lässt sich am Beispiel Griechenland verdeutlichen. Es handelt sich um ein Land, in welchem großen Teilen der Bevölkerung das Bewusstsein einer gestaltbaren Zeit und Zukunft abhandengekommen ist. Zwar weist die Wirtschaft nach einem Jahrzehnt wieder ein schwaches Wachstum aus und das Leistungsbilanzdefizit ist ebenso verschwunden wie die chronische Lücke im Staatshaushalt, doch die griechische Bevölkerung hat einen hohen Preis gezahlt. Am Vorkrisenniveau gemessen hat das Land ein Viertel seiner Wirtschaftsleistung verloren, die Investitionen liegen um 10% niedriger als vor zehn Jahren, 35 Prozent der Bevölkerung leben an

der Armutsschwelle und verfügen über weniger als 400 Euro monatlich. 7% seiner Erwerbspersonen, darunter vor allem jüngere, gut qualifizierte, haben dem Land den Rücken gekehrt. Der Schuldenberg verharrt bei ca. 180% des BIP. Zwar ist die Schuldentilgung weit in die Zukunft hinausgeschoben, doch angesichts des Zwangs, einen hohen Haushaltüberschuss erwirtschaften zu müssen, ist völlig unklar, wie sich die griechische Wirtschaft dauerhaft erholen soll. Selbst der frühere Eurogruppenchef und Hardliner Dijsselbloem räumt inzwischen ein, dass man von der griechischen Bevölkerung „zu viel verlangt“ habe und Griechenland „keine Erfolgsgeschichte“ sei.

Das hätte man früher wissen können. Kritische Ökonomen wie der Mark Blyth haben das schon vor Jahren präzise herausgearbeitet.

„‘Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt‘, sagen die an der Spitze, während sie unbekümmert verschweigen, dass man mit den ‚übermäßigen Ausgaben‘ ihre Besitztümer gerettet hat. Gleichzeitig wird dem Rest der Bevölkerung gesagt, er müsse ‚die Gürtel enger schnallen‘ – und das von Leuten, die selbst viel größere Hosen tragen und keinerlei Willen erkennen lassen, an der Lösung des Problems mitzuwirken. Wenn ärmere Bevölkerungsschichten unverhältnismäßig für ein Problem zur Kasse gebeten werden, das von jenen an der Spitze verursacht wurde, und wenn letztere energisch jede Verantwortung von sich weisen und sie dem Staat zuschieben, dann werden dem Staat nicht nur die Mittel zur Behebung des Problems fehlen, dann wird sich auch die Polarisierung der Gesellschaft verschärfen (…) Populismus, Nationalismus und Forderungen nach einem neuen Gleichgewicht zwischen ‚Gott und Geld‘ sind das Ergebnis ungerechter Austeritätspolitik. Keiner profitiert davon, nicht einmal die Reichen.“ (Blyth 2013, S. 40)

Besser kann man nicht auf den Punkt bringen, was das europäische Krisenmanagement mit seiner Sparpolitik bewirkt hat. Selbstverständlich hat der griechische Staat einen der größten Kredite der Geschichte bekommen, das aber nur, um griechische und mit ihnen vor allem deutsche und französische Banken zu retten. Auf diese Weise wurden private in öffentliche Schulden verwandelt, für die nun die Steuerzahler geradestehen müssen.

(2) Das bringt mich zu einem zweiten Grund für die europäische Misere, zu dem **autoritär-bürokratischen Grundzug – manche sprechen von „europäischer Postdemokratie“ –**, der die Politik der europäischen Institutionen teilweise auszeichnet. Dass die Verantwortlichen trotz desaströser Ergebnisse und gegen das Votum des Internationalen Währungsfonds am Austeritätsdiktat gegenüber den Krisenländern festgehalten haben, hat vor allem politische Gründe. Im Fall Griechenland ging es darum, eine politisch unliebsame Linksregierung zu disziplinieren, die beanspruchte, eine Alternative zum Marktradikalismus praktizieren zu wollen. Mit Syriza wurde eine Partei gezwungen, gegen einen Volksentscheid und gegen ihr eigenes Programm eine Austeritätspolitik durchzusetzen, die Entwicklungsmöglichkeiten von Bevölkerungsmehrheiten blockiert. Griechenland ist daher auch ein Musterbeispiel für etwas, was man als entdemokratisierte Demokratie bezeichnen kann. Demokratische Verfahren bestehen fort, aber sie lassen Bevölkerung und Regierung im Grunde keine Wahl. Privatisierungen von öffentlichem Eigentum wie Häfen und Regionalflugplätze sowie tiefe Einschnitte beim Sozialeigentum – wiederholte Kürzungen von Pensionen, Absenkung des Mindestlohns, faktische Außerkraftsetzung des Arbeitsrechts und des Tarifsystems – werden innerhalb von demokratischen Institutionen praktiziert, die angesichts fehlender Entscheidungsspielräume der

nationalen Regierung längst zur bloßen Fassade degeneriert sind. Es ist kein Wunder, dass viele Menschen das als Kontrollverlust empfinden. Kontrollverlust – das ist eine verbreitete Empfindung, an welcher eine Revolte von Rechts ansetzt, die sich „take back control“ oder „wir holen und unser Land zurück“, auf die Fahnen geschrieben hat.

(3) Das bringt mich zu einer dritten großen Herausforderung. Das vereinte Europa **ist zum Angriffsziel eines widererstarkten radikalen Nationalismus geworden.** Rechtspopulisten nutzen diesen Nationalismus, um das europäische Projekt in ein Fahrwasser zu bringen, das auf das Gegenteil dessen hinausläuft, was das Manifest von Ventotene seinerzeit als Vision formuliert hatte. Besonders perfide ist, dass sich rechtspopulistischen Parteien – auch die AfD – als Anwälte der „kleinen Leute“ aufspielen. Ihr Schlachtruf lautet: Sozial geht nur national! Die »soziale Frage der Gegenwart« bestehe nicht in der »Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten«, die »neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts« sei »die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen« (Björn Höcke, zit. nach Paulus 2017).

Wir dürfen nicht übersehen, dass die radikale Rechte mit dieser Botschaft durchaus erfolgreich agiert. Das gilt auch für die Bundesrepublik. Nach den Analysen von infratest dimap haben überdurchschnittlich viele Arbeiter*innen und Arbeitslose (jeweils 21 Prozent) die AfD gewählt, aber auch bei kleinen Angestellten und Wähler*innen mit mittleren Bildungsabschlüsse konnte sie Stimmen im zweistelligen Bereich für sich gewinnen. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern hat die AfD mit 15 Prozent leicht überdurchschnittliche Unterstützung; unter den Gewerkschaftsmitgliedern im Osten liegt sie mit 22 Prozent gleichauf mit

der Linkspartei (DGB 2017). 61 Prozent ihrer Wähler*nnen geben »Protest« als Wahlmotiv an.

Es besteht die Gefahr, dass sich ähnliches im europäischen Rahmen wiederholt. Um eines sogleich klarzustellen: Radikal rechte Parteien kanalisieren sozialen Protest, aber sie sind keine Arbeiterparteien. Das Gegenteil ist der Fall. Was sie vorhaben, hat der AfD-Flügelmann Björn Höcke in seinem Buch „Nie zweimal in den Fluss“ ganz unverhohlen niedergelegt. Über die anvisierte Nachwendephase mit dann dominanter AfD schreibt er:

„…auch in der erhofften Wendephase stünden uns harte Zeiten bevor, denn umso länger ein Patient die drängende Operation verweigert, desto härter werden zwangsläufig die erforderlichen Schnitte werden, wenn sonst nichts mehr hilft....Vor allem eine neue politische Führung wird dann schwere moralische Spannungen auszuhalten haben: Sie ist den Interessen der autochthonen Bevölkerung verpflichtet und muß aller Voraussicht nach Maßnahmen ergreifen, die ihrem eigentlichen moralischen Empfinden zuwider laufen... Neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein großangelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. Und bei dem wird man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der `wohltemperierten Grausamkeit` (…) herumkommen. Das heißt, daß sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.“

Ist das etwas anderes als ein Aufruf zu Gewalt gegen Migranten? Wer all das lesen kann, sollten sich nicht wundern, wenn sich „wohltemperierte Grausamkeit“ dann auch gegen all jene richtet, die politisch anders denken. Schon einmal haben wir haben „wohltemperierte Grausamkeiten“ gegen Andersdenkende erlebt. Gleichschaltung und Zerschlagung der Gewerkschaften waren die Folge. Deshalb sollten wir

allen, die glauben, die AfD für eine Denkzettel-Wahl nutzen zu müssen, zurufen: Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber! Es ist mehr als gefährlich, Unzufriedenheit und Protest durch einen Stimmzettel für die radikale Rechte auszudrücken. Die völkischen Populisten wohlen keine Umverteilung von oben nach unten. Sie greifen die soziale Frage auf, um die verbreitete Unzufriedenheit in ein nationalistisches, ein rassistisches Fahrwasser zu bringen. Sie reden nicht mehr von Rasse. Aber sie benutzen den Kulturbegriff zur Abwertung von Anderen, Fremden. Jeder soll seine Kultur leben können, aber bitteschön bei sich zuhause. Würde man dies in die Tat umsetzen, hätten wir es mit einer Welt voller Apartheid-Staaten zu tun. Das wäre das Ende von Menschenrechten und Demokratie. Und es wäre auch das Ende eines geeinten, demokratischen Europas.

Wenn der AfD-Vorsitzende Gauland nach den Jagszenen auf Menschen in Chemnitz sagt: „Ausrasten ist nach einer solchen Tat (gemeint ist der gewaltsame Tod eines Chemnitzer Bürgers nach einer Messerattacke) legitim“, macht die Tür nach rechts ganz weit auf.[1] Deshalb dürfen wir uns auf die Sirenenklänge der neuen Rechten nicht einlassen. Wir müssen ihnen entgegentreten, im Betrieb, im Sportverein, am Biertisch, in der Schule oder der Kirchengemeinde. Überall müssen wir deutlich machen: Sozial geht – bei Ausnutzung aller im nationalen Wohlfahrtsstaat noch immer vorhanden Spielräume – in der Gegenwart nur noch europäisch und international.

III.

[1] Daran ändert der Zusatz, dass es nicht legitim sei, wenn bei solchen Demonstrationen Menschen gejagt würden oder Einzelne den Hitlergruß zeigten“. Die Botschaft lautet, Ausrasten, aber gesittet. So gehen Rechtspopulisten vor. Erst die Grenze überschreiten, um dann einen halben Schritt zurück zu machen. Es wunder dann nicht, wenn diejenigen, die „ausrasten“, Gewalt gegen Fremde und Geflüchtete als „Notwehr“ begreifen.

Keines der großen Zukunftsthemen – Ungleichheit, ökologische Gefahren, Herausforderungen der Digitalisierung, Fluchtbewegungen oder das Risikopotential deregulierter Finanzmärkte – lassen sich heute und in Zukunft ausschließlich auf nationalstaatlicher Ebene lösen. Deshalb brauchen wir, brauchen die Arbeitnehmer*innen ein starkes, ein demokratisches Europa. Was können wir tun, um Europa neu zu begründen? Die Europäische Union wird als ökonomischer Verflechtungsraum nur eine Zukunft haben, wenn sie zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Union wird. Dazu benötigt sie demokratische Projekte von oben und vor allem von unten, aus der Zivilgesellschaft und auch seitens der Gewerkschaften. Ich schlage fünf Kernprojekte vor.

Erstens: Europa benötigt einen sozialen Unterbau, auf längere Sicht einen grenzüberschreitenden Wohlfahrtsstaat. Den Weg dorthin würde u. a. eine europäische **Arbeits(losen)versicherung** weisen, in die alle einzahlen – Unternehmer/innen, Selbstständige und Beamte eingeschlossen! Unterhalb dieser Schwelle könnten wir mit einem e**uropäischen Mindestlohn, die sich am wirtschaftlichen Niveau der Mitgliedsstaaten** orientiert, einen ersten Schritt machen. Noch besser wären allerdings **living wages**, Löhne zum Leben, die sich am Medianlohn, einem gewichteten mittleren Einkommen aus abhängiger Erwerbsarbeit, orientieren. Machen wir uns nichts vor: Der Mindestlohn definiert im Grunde nur ein Entgelt unterhalb der Niedriglohngrenze, das eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe nicht erlaubt. In Deutschland lag der Mindestlohn 2014 nicht einmal bei 50 Prozent des Medianlohns. Deshalb sollte eine Diskussion um „Löhne zum Leben“ in Anlehnung an die britische Konzeption der living wages geführt werden. Living wages erlauben, Ansprüche an Kultur und Bildung zu verwirkliche. Obwohl sie nur eine arbeitgeberseitige Selbstverpflichtung darstellen, gewinnen sie z. B. in Großbritannien seit Jahren an Bedeutung. Dort liegt der living

wage 23 Prozent (in London 40 Prozent) über dem gesetzlichen Mindestlohn. Arbeitgeber könnten auch über Zertifizierungen („living wage employer“) für solche Löhne gewonnen werden.

Sicher ist ein europäischer Wohlfahrtsstaat gegenwärtig allenfalls Zukunftsmusik. Das auch, weil derzeit jede europäische Regelung Gefahr läuft, soziale und ökologische Standards auf einem unteren Level zu vereinheitlichen. Dem wäre, wie es der berühmte französische Soziologe Pierre Bourdieu gefordert hatte, mit einem Regressionsverbot zu begegnen. Europäische Standards könnten flexibel gehandhabt werden, dürfen aber niemals zu Verschlechterungen innerhalb der Nationalstaaten führen.

Dringend erforderlich ist *zweitens* eine **Verringerung der inzwischen dramatisch angewachsenen Ungleichheit**. Das erfordert demokratisches Umverteilen – von reich zu arm, von den europäischen Zentrumsstaaten an die europäischen Krisenländer, von oben nach unten und von den Starken zu den Verwundbarsten. Progressive Steuern insbesondere auf ererbte Vermögen würden das Recht auf Eigentum in ein Recht auf Zeit verwandeln. In der gleichen Logik, die von einer Sozialverpflichtung des Eigentums ausgeht, ließen sich Politiken denken, die Schritt für Schritt umverteilende Maßnahmen durchsetzen: Vermögensabgabe für Reiche und Superreiche, eine einheitliche europäische Steuerpolitik, sozial ausbalancierte Abgaben auf fossile Renten und Schließung von Steueroasen wären geeignete Mittel der Wahl. Wichtig wäre die Abschöpfung der Digitalisierungsrendite, die Technologiekonzerne erzielen, die in Europa gegenwärtig kaum Steuern zahlen müssen. So gewonnene Finanzmittel könnten für globale Investitionen in den Klimaschutz, zur Bekämpfung von Hunger und absoluter Armut und den Zugang zu lebenswichtigen Gütern, elementare Bildung eingeschlossen, auch in den ärmsten Ländern genutzt werden.

Es geht aber nicht allein um materielle Umverteilung. Wer gut verdient, benötigt vor allem Zeitwohlstand, Zeit für Muße und Arbeit an der Demokratie. Das geht nicht ohne Verkürzung und gerechte Verteilung von Erwerbsarbeitszeit, ohne eine kurze Vollzeit für alle.

Eine wirkungsvolle Bekämpfung von Ungleichheit ist *drittens* nur möglich, wenn die Tendenz zu entdemokratisierten Demokratien gestoppt wird. Europa muss wieder demokratischer werden. So steht die Härte des Spardiktats der europäischen Institutionen in merkwürdigem Kontrast zur Untätigkeit, mit der die europäischen Institutionen den Einschränkungen demokratischer Grundrechte, der Aushöhlung von Meinungs- und Pressefreiheit in Polen, Ungarn, aber selbst in Staaten wie Österreich entgegentreten. Überall sind es unabhängige Medien, die von Rechtspopulisten zuerst attackiert werden. Sie werden sich jetzt fragen: Österreich? In unsrem Nachbarland hatte der ORF-Moderator der mit den „Tagesthemen“ vergleichbaren Nachrichtensendung „Zeit im Bild 2 (ZiB 2)“ des österreichischen ORF, Armin Wolf, am 23. April ein Interview mit dem Generalsekretär der rechtspopulistischen Regierungspartei FPÖ, Harald Vilimsky, geführt. Dem FPÖ-Mann waren die Fragen zu frech. Zuvor hatte ein anderer FPÖ-Politiker Migranten mit Ratten verglichen. Auch deshalb stellte Wolf im Verlauf des Gesprächs ein gezeichnetes Wahlplakat der Rechtspopulisten, auf dem Flüchtlinge mit großen Nasen, eng zusammenstehenden Augen und zusammengewachsenen Augenbrauen zu sehen waren einem ganz ähnlichen Zerrbild eines Juden gegenüber, das einst im NS-Hetzblatt „Stürmer“ erschienen war. Daraufhin drohte Vilimsky noch vor laufender Kamera dem Moderator Wolf mit Konsequenzen. Vilimskys Parteifreundin Ursula Stenzel, eine ehemalige ORF-Moderatorin, sagte nach der Sendung gar, Wolf hätte in einem „Volksgerichtshof“ auftreten können. Derartigen Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit

dürfen die demokratischen Regierungen Europas nicht hinnehmen. Wo dies geschieht, wo Grund- und Menschrechte geschleift werden, darf die EU nicht zuschauen. Regierungen die Menschen- und Grundrechte bewusst missachten, sollten mit Sanktionen rechnen müssen. Im Zweifelsfalle und als letztes Mittel auch damit, dass solchen Regierungen der Geldhahn für EU-Fördermittel zugedreht wird

Zu einem demokratischen Europa gehört auch, dass die **europäischen Gewerkschaften wieder stärker werden und dem Zerfall organisierter Arbeitsbeziehungen Einhalt geboten wird**. Tatsächlich sind die Kapital-Arbeits-Beziehungen in vielen Staaten der EU zerrüttet. Sicher gibt es noch Länder, in denen der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei 36 % (Italien) oder gar bei 67 % (Schweden) aller abhängig Beschäftigten liegt. Aber es gibt inzwischen noch mehr Länder, in denen nicht einmal ein Fünftel der abhängig Beschäftigten organisiert ist. Im Frankreich sind es gerade einmal 8%. Eine Folge gewerkschaftlicher Schwäche ist, dass auch die nationalen Tarifsysteme ins Rutschen geraten. Während in Österreich noch 98 % der abhängig Beschäftigten in Unternehmen mit tariflicher Bindung arbeiten, sind es in Griechenland nur noch 40 Prozent, in Ungarn 23 Prozent und in Polen nur noch 15 Prozent. Entscheidend ist jedoch die Gesamttendenz, die sich in den meisten EU-Staaten über viele Jahre hinweg in Richtung Desorganisation und Entkollektivierung der Arbeitsbeziehungen bewegt hat. Die schwächelnden europäischen Gewerkschaften könnten schon jetzt Weichenstellungen vornehmen, indem sie sich gegenseitig helfen. Dazu müssen sie lernen, nationale Egoismen zu überwinden. Das kann gefördert werden: durch politische Bildung, gute Praxis-Beispiele oder z. B. durch einen europäischen Streikfonds, der Arbeitskämpfe in transnationalen Unternehmen länderübergreifend unterstützt. Die

Kolleg*innen bei Amazon, die schon seit Jahren um einen angemessenen Tarif kämpfen, wissen wovon ich rede.

Ein neues Europa muss sich *viertens* auch daran messen lassen, dass es sozial und ökologisch nachhaltig agiert. Vertreter von EU-Staaten, Europäischer Kommission und Europaparlament haben sich im Dezember 2019 darauf geeinigt, dass die Neuwagenflotten 2030 durchschnittlich 37,5 Gramm weniger CO2 (Nutzfahrzeuge, leichte Lieferwagen 31 Prozent) emittieren dürfen als 2021; bis 2025 wird eine sehr moderate Minderung von nur 15 Prozent angestrebt. Diese Zielsetzung reicht noch nicht aus, um das Szenario einer 1,5-Grad-Erderwärmungswelt zur ermöglichen, wie es der Weltklimarat IPCC in seinem jüngsten Szenario vorgeschlagen hat. Dennoch sind wir gegenwärtig weit davon entfernt, auch nur die EU-Normen zu erreichen. Bereits heute ist wahrscheinlich, dass der Verkehrssektor und der Energiesektor alle für 2020 vereinbarten Klimaziele reißen werden. Etwa ein Viertel aller klimaschädlichen Emissionen stammt aus dem motorisierten Verkehr. Ein radikaler Umbau der Geschäftsmodelle von Fahrzeugherstellern, wie ihn die Klimaziele einfordern, ist zweifellos mit hohen Beschäftigungsrisiken verbunden. Dennoch wäre es falsch, Bestehendes auf Kosten künftiger Genrationen so lange wie möglich konservieren zu wollen. Wer in der Nähe von Schacht Konrad lebt, weiß, dass soziale und Beschäftigungsinteressen nicht gegen ökologische Nachhaltigkeitsziele ausgespielt werden dürfen.

Im Grunde wissen wir längst, dass entschlossen am Umbau des Wertschöpfungssystems Automobil gearbeitet werden muss. Wir benötigen neue Mobilitätssysteme, eine allmähliche Abkehr vom privaten PKW, den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs – kurzum: einen vollständigen Bruch mit lange bestimmenden Verkehrskonzepten. Ohne die Rückkehr zu öffentlichem Eigentum, etwa bei der Bahn, ohne

öffentliche und zugleich gerechtere Finanzierungen von Mobilität dürfte eine nachhaltige Verkehrswende nicht zu haben sein. Mit Blick auf die Automobil- und Zulieferindustrie sprechen Eingeweihte deshalb nicht mehr nur über Transformation, sondern über Konversion, über alternative Produkte und Produktionen. Das zu realisieren, wird alles andere als einfach werden. Ein Green New Deal für Europa könnte helfen, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen. Ein solcher Deal würde eine völlige Umorientierung in der Wirtschafts-, Industrie und Beschäftigungspolitik einfordern. Er sollte keinesfalls hinter dem zurückbleiben, was z.B. die demokratische Abgeordnete Ocasio-Cortez für die USA verlangt – Job-Garantien für alle, die in den Karbon-Branchen ihre Arbeitsplätze verlieren; Abkehr von der Haushaltspolitik der schwarzen Null, die in den Zweiten von Negativzinsen ohnehin anachronistisch geworden ist und nicht zuletzt: Investitionen in ökologische Nachhaltigkeit und sozial Infrastruktur.

Die Liste der Kernprojekte für ein demokratisches, soziales Europa ließe sich verlängern – etwa um eine humane Migrations- und Flüchtlingspolitik, die den Klimawandel als Fluchtursache anerkennt und legale Einreisemöglichkeiten schafft, damit das Sterben auf dem Mittelmeer rasch beendet wird. Oder auch um eine europäische Friedenspolitik, die nicht in erster Linie auf Aufrüstung und Rüstungsexporte setzt, sondern sich um eine neue Entspannungspolitik bemüht – um nur zwei zentrale Felder zu benennen.

Klingt alles gut, werden nun mache von euch denken, aber doch daran zweifeln, dass irgendetwas davon Wirklichkeit wird. Deshalb erinnere ich noch einmal an jene Antifaschisten, die 1941 – den Siegeszug des Faschismus vor Augen und inmitten eines mörderischen Krieges – im Gefängnis ihre Vision der Vereinigten Staaten von Europa entwarfen.

Vielleicht hatte der Philosoph und Soziologe Oskar Negt auch dieses Beispiel vor Augen, als er schrieb:

„Generationen überzeugter Europäer haben immer wieder an einem Gesellschaftsentwurf gearbeitet; für manche, die geknechtet und erniedrigt in den Konzentrationslagern ihr Leben fristeten, war der Traum von einem durch soziale Gerechtigkeit und Demokratie bestimmten Europa überlebenswichtig. (…) Die bewegende Kraft solcher Gesellschaftsentwürfe ist der Möglichkeitssinn, nicht der Wirklichkeitssinn!“

Zum Möglichkeitssinn gehört, dass wir jene Mittel nutzen, die uns – auch auf nationaler Ebene – noch immer gegeben sind. Ich denke z.B. an den Artikel 15 des Grundgesetzes. Dort heißt es:

„Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

Das klingt radikal! So radikal, dass manche Freidemokraten diesen Artikel ersatzlos streichen möchten. Ich bin für das Gegenteil. Sozial-ökologische Nachhaltigkeitsziele sollten Verfassungsrang erhalten. Luft, Wasser, elementare Bildung, Mobilität und ausreichende Nahrung benötigen rechtliche Garantien, um jederzeit als öffentliche Güter verfügbar zu sein. Das Sozialstaatspostulat könnte mit einem erweiterten Recht auf ein gutes Leben verbunden werden, das eine Bestandssicherung für öffentliche Güter und eine nachhaltige Nutzung endlicher Naturressourcen zwingend einzuschließen hätte. Überlebensinteressen einen Verfassungsrang zu geben hieße auch: Wer gegen diese Interessen und die Sozialbindung des Eigentums verstößt, muss mit Sozialisierung rechnen.

Ich berufe mich auf den Artikel 15, GG, um unseren Möglichkeitssinn zu schärfen. Ein besseres, ein solidarisches, sozial gerechtes und ökologisch nachhaltiges Europa, das sich der Welt öffnet, statt sich ihr als Festung zu präsentieren, ist möglich. Dafür sollten wir kämpfen – gemeinsam, entschlossen und mit langem Atem.

Vielen Dank und Glück auf!